



Angriffskrieg – massiver Terror – irreguläre Migration Geschlossenheit und Entschlossenheit sind gefordert

Dr. Klaus Olshausen

Oktober 2023

Zusammenfassung

Krieg, Terror und irreguläre Migration sind nun drei entscheidende Herausforderungen für die westlichen Demokratien in der EU, NATO und ihrer Partner. Es muss klar sein, dass Russlands Imperialismus in der Ukraine gestoppt werden muss. Vor allem die USA können und müssen mit militärischer Abschreckung eine Ausweitung des HAMAS Terrors verhindern und gemeinsam mit EU und wichtigen Demokratien politisch agieren, um eine Ausweitung des Krieges im Mittleren Osten zu vermeiden. Die irreguläre Migration verschärft die Herausforderungen für die Demokratien, die Flut von Asylanten kann ggf. durch russisches Handeln noch verschärft werden. Die westlichen Gesellschaften werden erkennen müssen, dass der Dreiklang ihrer Wohlfühlgesellschaften: Frieden – Wohlstand – Sicherheit sich in dieser Kriegs- und Gefahrenlage verändert zu: Sicherheit – Frieden – Wohlstand. Gelingt dies nicht, sind erhebliche Abstiegszenarien für die Demokratien zu erwarten.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Krieg, Terror und Migration stehen für drei Herausforderungen, ja Gefahren, die alle Staaten des „Westens“ und ihre Partner vor schwierige Entscheidungen stellen. Es ist schon erkennbar, dass dabei zwar geschlossenes und entschlossenes Handeln der Staaten der EU, der NATO und ihrer Partner gefordert wird, aber unterschiedliche Orientierungen und Interessen einzelner Staaten sowie innenpolitische Gegensätze in einzelnen Staaten dies erschweren, ja verhindern können.

Seit über 20 Monaten sind die westliche Welt und ihre Partner gefordert, den Überlebenskampf der Ukraine gegen den brutalen Angriffskrieg Russlands auf allen Gebieten massiv zu unterstützen, aber natürlich konzentriert auf den militärischen Abwehrkampf, den eine hoch motivierte ukrainische Bevölkerung fortsetzen will und muss.

Nun bestimmen seit über drei Wochen der verabscheuungswürdige Terrorangriff der HAMAS mit über 1.000 Toten und mehr als 200 Geiseln und die israelische Antwort mit einer starken Selbstverteidigung die lokale, regionale und internationale Aufmerksamkeit und politische und diplomatische Aktivität zur Beherrschung dieser Terrorfurie – gerichtet gegen das Existenzrecht Israels.

Dies geschieht vor dem Hintergrund und in Verbindung mit einer dritten Krise durch ansteigende irreguläre Migration aus dem Mittleren Osten, Afghanistans und Ländern Afrikas. Herausforderungen und Gefahren dieser Entwicklungen zeigen deutlich, dass in der Europäischen Union, ja einzelnen Ländern, sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Interessen und Vorstellungen geschlossenes, geschweige denn entschlossenes Handeln erschweren.

Alle drei Herausforderungen können einzeln oder in Verknüpfungen zu mittelbaren und unmittelbaren Gefahren aufwachsen. Sie können Handlungs- und Abwehrbereitschaft der westlichen Demokratien zwingen, Sicherheitserfordernissen politisch, wirtschaftlich und militärisch Vorrang gegenüber anderen innen- und außenpolitischen Aufgabenstellungen einzuräumen.

Wenn man konstatiert, dass die regelbasierte internationale Ordnung westlicher Provenienz schon seit Längerem Vorstößen autoritärer, ja totalitärer Staaten ausgesetzt ist, sie zu verändern, ja umzustoßen und dafür Unterstützung bei dritten Ländern zu suchen, wird offenkundig, dass den bestehenden Gefahren von Krieg, Terror und Migration nicht mit einem einfachen „Weiter so“ begegnet werden kann.

Für das Fortbestehen und die Entwicklung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Rechts muss verstanden werden, dass Recht ohne Macht Ohnmacht ist, aber Macht ohne Recht Willkür bedeutet.

Deshalb muss es gelingen, den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands, Putins imperiale Pläne in Osteuropa (und darüber hinaus), durch zielgerichtete Unterstützung der Ukraine jetzt zu stoppen. Alle militärisch notwendigen Maßnahmen müssen praktisch und sichtbar mit Schritten für den Wiederaufbau der Ukraine, ihren planvollen Weg in die EU und den beschleunigten Beitritt zur NATO verbunden werden. Militärisch muss die Ukraine in die Lage versetzt werden, das russische militärische Potential auf der Krim auszuschalten und weiteren Nachschub über die Krim und die Verbindung über Mariupol und Melitopol drastisch zu beschränken.

Dies ist auch deshalb erforderlich, weil mit dem Terror der HAMAS gegen Israel im Nahen Osten ein Krieg eröffnet wurde, dessen Ausgang für Israel, aber v.a. auch für den „Westen“, nicht nur in der Ausschaltung von HAMAS besteht. Schon in den ersten Tagen wird erkennbar, dass die Schlacht um die öffentliche Meinung sich



maßgeblich am Umgang mit Schutz und Hilfe für die palästinensischen Familien entscheiden wird. Mit dem Vorwurf von Doppelmoral hinsichtlich des Schutzes der Zivilbevölkerung kann Putin nicht nur von seiner eigenen brutalen Kriegführung ablenken, sondern v.a. andere Länder von einer Unterstützung der Ukraine abhalten oder sogar zurückgewinnen. In der Unterstützung des israelischen Rechts auf Selbstverteidigung einerseits und der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz militärischer Mittel andererseits zeigen sich bei den Staaten der EU durchaus unterschiedliche, ja gegensätzliche Auffassungen, die beim Treffen der Außenminister am 23. Oktober eine gemeinsame Erklärung verhinderten und auch beim Treffen des Rates am 26./27. Oktober kontroverse Debatten – vor einer mühsamen Minimaleinigung – fortsetzten.

Präsident Biden hat in einer eindringlichen Rede noch einmal den Zusammenhalt der Demokratien in der Auseinandersetzung mit den offensiven autoritären Staaten beschworen. Jedoch verlangte die innenpolitische Lage in den USA, dass er Mittel zur Unterstützung der Ukraine und Israel mit verstärkten Mitteln zur Eindämmung der Immigration an der Südgrenze der USA verbinden musste.

Auch die Staaten der EU, der NATO und die Partnerstaaten werden entscheiden müssen, ob und wie sie die Mittel für die Ukraine kontinuierlich fortsetzen und zusätzliche Maßnahmen für die Unterstützung Israels in seiner Selbstverteidigung sowie breite humanitäre Leistungen für die palästinensischen Familien bereitstellen können.

All dies geschieht, während zugleich der Umfang der irregulären Migration viele Staaten an ihre Belastungsgrenze bringt oder bringen wird und innenpolitische Auseinandersetzungen zur Einschränkung der Mittel für den ukrainischen Überlebenskampf führen können. Auch darf nicht aus dem Auge gelassen werden, dass Russland mit Maßnahmen in Syrien, in der Ukraine und ggf. auch in Afrika die Flüchtlingsströme deutlich verstärken kann, indem es die Lebensgrundlagen für die Menschen angreift und Schleuser unterstützt.

Allein diese drei Gefahrenherde fordern von den Demokratien, kleinlichen Streit über parteipolitische Themen vorlieben zurückzustellen. Und die Gesellschaften müssen erkennen, dass der Dreiklang ihrer Wohlfühlgesellschaften: Frieden – Wohlstand – Sicherheit sich in dieser Kriegs- und Gefahrenlage verändert zu: Sicherheit – Frieden – Wohlstand. Gelingt das nicht, könnten Entwicklungen eintreten, die dem Römischen Reich im vierten Jahrhundert nach Christus ähneln.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>



Klaus Olshausen